

Danziger Zeitung



(Auflage über 10 000.)

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

(Auflage über 10 000.)

Nr. 21304.

1895.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Haupt-Expedition, Kettnerhagergasse 4, bei sämtlichen Abholestellen und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal ohne „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 2 Mk., durch die Post bezogen 2.25 Mk., mit „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. Bei wiederholtem Inserieren entsprechender Rabatt. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Hierzu
das Handelsblatt für dessen Abonnenten.

Telegramme.

Berlin, 19. April. Wie dem „Lokal-Anz.“ aus London gemeldet wird, bringt ein englisches Blatt die Nachricht, daß der Kaiser ein neues rauchloses Pulver erfunden habe.

In hiesigen maßgebenden Kreisen wird ein Einschreiten Russlands gegen die beabsichtigten Landserwerbungen Irans als zweifellos erachtet.

Zu Ehren der von der Bismarckhuldigung heimkehrenden Steiermärker fand gestern in Arnims Hotel ein sehr zahlreich besuchter Festcommers statt.

Wie die „Kreuztg.“ mittheilt, ist nicht Oberstaatsanwalt Wachler, sondern Geh. Justizrat Eichholz zum Oberlandesgerichtspräsidenten von Posen ernannt worden.

Magdeburg, 19. April. Die Stadtverordneten-Versammlung hat gestern den Bürgermeister von Erfurt, Schneider, zum Oberbürgermeister gewählt.

Friedrichroh, 19. April. Nach amtlicher Feststellung sind in der Zeit vom 25. März bis 2. April 11 475 Telegramme mit 453 260 Worten und 450 000 Postkarten und Briefe für den Fürsten Bismarck hier eingelaufen.

Bremen, 19. April. Die drei hiesigen liberalen Parteien hielten gestern Abend eine Protestversammlung gegen die Umsturzvorlage ab, in der einstimmig eine Resolution gegen die Umsturzvorlage angenommen wurde.

Coburg, 19. April. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Bode beantragte, das Ministerium soll den Bundesbewilligungen für Coburg-Gotha instruiren, gegen die Umsturzvorlage zu stimmen.

Brügge, 19. April. Die Staatsanwaltschaft giebt am nächsten Montag ihr Gutachten über den Rechtsstreit des deutschen Reiches gegen den Ostender Räder Hamann wegen Zurückbehaltung der nach dem Untergange der „Elbe“ gestrandeten Postbeute ab.

Prag, 19. April. Anlässlich des Auftretens der Schauspielerin Pospischl im tschechischen Theater fanden gestern vor und während der Vorstellung Aufführungen statt. Doh Personen, meistens Studenten, wurden verhaftet. Die Künstlerin trat in einer Vorstellung zum Besten des deutschen Schulvereins auf.

London, 19. April. Der „Times“ wird aus Simla gemeldet: Die Bedingungen, welche die britische Regierung durch General Dow Umra Khan von Tschirat hat übermitteln lassen, sind folgende: Unbedingte Unterwerfung und die Erlaubnis, in Indien zu bleiben, falls er dies wünsche.

Anderen Nachrichten zufolge soll Umra Khan nach Asmar geflohen sein.

Madrid, 19. April. Wie aus Cuba gemeldet wird, entwickelt Marqués Martínez Campos eine lebhafte Thätigkeit. Drei Divisionen gingen in gemeinsamer Action gegen den Feind vor, der ins Gebirge floh, ohne daß es ihm gelungen wäre, irgend eine Stadt einzunehmen.

Buenos-Aires, 19. April. Uruguay soll beabsichtigen, alle Handelsverträge zu kündigen.

Wie Laibach jetzt aussieht.

Laibach, 16. April.

Die Passagiere des einrollenden Juges sehen auf Seitenleisten endlose Waggonreihen. Die Fenster dieser Waggons sind dicht verhangt, da und dort bemerkte man an ihnen verschlafene Gesichter. Und die Leute, welche auf eine so sonderbare Art übernachten, sind Bewohner von Laibach! Das sind noch Glückliche, jene, welche wenigstens vor den bösen Nachströßen geschützt sind.

Aber beim Heraustreten auf den Platz und beim Einbiegen in die Wiener Straße, welche in ihrem oberen Theile von prächtigen neuen Häusern flankirt wird, hat man einen mahrhaft erschreckenden Eindruck. Auf seitwärts gelegenen Wielen lagern auf bunt zusammengetragenen Brettern ganze Familien — Männer, Frauen und Kinder, fröstelnd und übernächtigt, mit müden resignirten Gesichtern. Weiter aufwärts stehen Sessel — auch diese sind von Leuten beklebt, welche sie, wie man uns erzählt, für die Nacht gemietet haben. Der Fuß stolpert über Schuttäuse, sichtbare Reste des furchterlichen ersten Stoßes und der an den Häuserreihen entlang schweifende Blick sieht große Löcher in den Wänden der statlichen Gebäude, klaffende Löcher im Mauerwerk, zerstörte Fensterscheiben. Die Passanten schleichen ängstlich dicht an den Häusern oder gehen in der Mitte

Politische Uebersicht.

Danzig, 19. April.

Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz.

Ebenso wie ein Entwurf betreffend die Revision der bestehenden Unfallversicherungsgesetze ist vom Bundesrathen in der letzten Zeit auch eine Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz bearbeitet worden. Während aber der Entwurf eines die Unfallversicherungsgesetze abändernden Gesetzes schon fertig gestellt ist und dem Bundesrathen zur Beschlussfassung vorliegt, ist die Novelle über die Invaliditäts- und Altersversicherung noch nicht so weit gediehen. Im übrigen dürfte wohl schwerlich überhaupt eine der mit der Arbeiterversicherung sich befassenden Novellen noch in der laufenden Tagung dem Reichstage zugehen.

Kritik des „Aldegesetzes“ von seinem Urheber.

Nachdem der Wortlaut der Rede des Fürsten Bismarck beim Empfange der Vertreter der Innungen über das Aldegesetz vorliegt, dürfte es doch von Interesse sein, darauf noch einmal zurückzukommen. Fürst Bismarck behauptet, wie früher schon, daß er für die Fassung dieses Gesetzes nicht verantwortlich sei. Er sagte:

„Ich hatte nicht den Gedanken, daß der 17jährige Arbeiter bezahlen sollte, einahlen sollte für Ergebnisse, die er mit 70 Jahren etwas erwarten konnte. (Bravo! sehr richtig!) Dieser psychologische Irrthum ist mir nicht passirt, sondern ich hatte das Bestreben, daß dem müden Arbeiter etwas Besseres und Sichereres als die Armenpflege, die lokale Armenpflege gewährt werden sollte (lebhaftes Bravo!), daß er, wie jeder Soldat, auch im Civilleben seine sichere Staatspension haben sollte (wiederholtes Bravo), mögig, gering melimetpalen, aber doch so, daß ihn die Schwiegermutter des Sohnes nicht aus dem Hause drängt (Heiterkeit), daß er seinen Zufluchthof hat. (Sehr gut.) Dieses Bestreben wurde mir abgelehnt in den ersten Verhandlungen des Reichstages über dieses Versorgungsgesetz, und ich rüttage, daß ich damit eigentlich die Lust an der Sache verlor und ihr fern geblieben bin, denn ich glaubte nicht an die Möglichkeit, den 18jährigen Arbeiter zu überzeugen, daß er für sein 70. Jahr einzuhallen nötig hatte, er wußte nicht, ob er so lange lebte und hatte auch in seinem jugendlichen Alter eine bessere Verwendung für seine Einzahlung. (Große Heiterkeit.) Ich halte es für eine ungeschickte Sache in der Ausführung; für die Ausführung bin ich aber nicht verantwortlich; ich habe die Anregung der Idee übernommen, aber es war für mich unmöglich, das in allen 25 deutschen Staaten zu überwachen und da ist es denn schließlich doch den Tendenzen der Reichstagsmajorität anheimgefallen etc.“

Wenn der Wortlaut dieser Ausfassung nicht in den „Hamb. Nachr.“ zu lesen wäre, so würde man glauben, daß der Bericht von irgend einem Reporter, der das Gesetz nicht kennt und die Rede des Fürsten Bismarck nicht verstanden habe, herrühre. Denn die ganze Darstellung steht mit den wirklichen Vorgängen in offenbarem Widerspruch. Das Gesetz ist im Reichstage nur einmal Gegenstand der Verhandlungen geworden und in den von dem Fürsten Bismarck berührten Punkten unverändert angenommen worden. Überdies wäre dieses nach der jetzigen Ansicht des Fürsten schlechte Gesetz nicht zur Annahme gelangt, wenn er selbst nicht in der dritten Lesung mit der größten Entschiedenheit für dasselbe eingetreten wäre.

Die Reichstagsmeinung ist, daß der Gesetztext aber, deren Tendenzen das Gesetz anheimgefallen ist, war die Cartellmeinheit, verstärkt durch einen Theil des Centrums.

Im übrigen hat Fürst Bismarck am 29. März 1889 bei der zweiten Beratung der Vorlage das Gerücht,

dass er mit dem Staatssekretär v. Bötticher nicht ganz einverstanden sei, als „eine reine und dreiste Erfindung“, eine „Verfälschung“ bezeichnet.

der Straße, die Trottoirs selbst sind gefährlich, denn bei jedem stärkeren Stoß faust ein Hagel von Mauerbrocken und Dachziegeln auf sie herab. Wahrhaftig die Scenerie einer belagerten, bombardirten Stadt!

An breiteren Straßenstellen steht man Gefährte — da den schwergängigen Wagen einer Speditionsfirma, dort ein leichtes, gedecktes, gelbklarlichtes Privatfuhrwerk. Man hat da die provisorische Wohnung eines besser stürzten Bürgers oder eines gut angestellten Beamten vor sich. Teppiche und Polster sollen den Innenraum etwas wohnlich machen.

Alles, was man sieht — und nicht zum wenigsten die Menschen mit dem verzweifelten Gesichtsausdruck — ist ungewöhnlich. Lange Stangen sperren gefährliche Stellen des Trottoirs ab, aber diese Vorsichtsmaske ist kaum nötig. Die Steinlawinen haben es den Laibachern ohnehin abgewöhnt, die Fußsteige zu benutzen.

In der Maria Theresienstraße weist das große Gebäude des Café de l'Europe in seinen oberen Stockwerken starke Risse auf. Das anstoßende Häuschen eines Tischlers ist halb zusammengebrochen. Wir sehen durch ein Gewirr von Balken und Sparren ins Innere, ärmlichen Hausrath, zertrümmt und beschädigt. Auch das folgende Haus hat einen verschwemmten Dachstuhl und so gehts mit verweifter Consequenz die ganze lange Zeile hinauf. Die delegirten Bewohner

und in der dritten Lesung, am 17. Mai, trat Fürst Bismarck den conservativen Gegnern scharf entgegen. In dieser Rede erklärte er, wenn er noch einmal das Wort ergreifen, „so war es hauptsächlich die Furcht, ich könnte unter Umständen im Wege der Verleumdung per nefas unter denen aufgeführt werden, welche, wenn die Vorlage abgelehnt wird, dazu durch ihre Familiensamkeit beigebracht haben.“

Wie ist es nach diesen offenkundigen Vorgängen möglich, die Verantwortlichkeit für das „Aldegesetz“ abzulehnen?

Die Haltung der Conservativen.

Eine oberflächliche Lectüre der Grörterungen der conservativen Parteipresse über die Umsturzvorlage könnte den Eindruck hervorrufen, als ob man selbst auf dieser Seite die gute Absicht, das Schiff mit Hilfe des Centrums in den Hafen zu bugisiren, ausgegeben habe. Die „Kreuztg.“ hat bereits erklärt, die Commissionsverhandlungen hätten sie mehr und mehr davon überzeugt, daß auf dem Boden des gemeinen Rechts ein ausreichend wirksamer Schutz gegen die Umsturzbemühungen nicht zu erreichen sei. Aber sie fügt hinzu: „Um so weniger wird das mit der jetzigen Vorlage der Fall sein, so lange nicht die wichtigen Bestimmungen der §§ 113 und 114 des Strafgesetzbuchs, welche durch das Centrum herausgebracht sind, nach dem Vorschlag der Regierung wieder in den § 111 aufgenommen werden“, d. h. so lange die Strafandrohung des § 111 nicht auf den Widerstand gegen die Staatsgewalt ausgedehnt wird. Die „Kreuztg.“ ist der Ansicht, daß von der Wiederherstellung dieser Bestimmung das Zustandekommen des Gesetzes abhängen werde.

Ganz in demselben Sinne schreibt die „Cons. Corr.“, die Commissionsfassung sei nicht ausreichend, gegen die gewerbsmäßige Agitation social-revolutionärer Agenten dem „christlichen und monarchischen Staatsbürger“ (d. h. dem Centrum und den Conservativen), die vielfach durch die Gleichberechtigungsphrase irritiert sind, Schutz zu gewähren etc. Gelingt es nicht, Abhilfe zu schaffen, so würden die conservativen Stimmen schwerlich für die Vorlage, die in ihrer heutigen Gestaltung nur noch den Wünschen des Centrums entspricht, abgegeben werden. Die Tendenz dieser kritischen Grörterung springt in die Augen: das Centrum soll gewungen werden, entweder auf die bisher erreichten Erfolge zu verzichten oder für eine schärfere Fassung der Vorlage zu stimmen. Geschehlt das, so halten die Conservativen an dem in der Commission abgeschlossenen Compromiß und an den Zugesständnissen an das Centrum fest. Die Herren vom Centrum müßten schlechte Politiker sein, wenn sie diesen Wink mit dem Daumenpfahl nicht verstünden. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat sich ja bereits in dem gleichen Sinne vernehmen lassen. Gegen die Aufhebung des Kamelparagraphen hat sie gar nichts einzuwenden; mit der neuen Fassung des § 165 ist sie schon zufrieden, wenn nur die „Lehren“ der Religionsgesellschaften nicht unter den Schutz des Strafgesetzes gestellt werden.

Das Schicksal der Congo-Eisenbahn-Gesellschaft

Ist recht lehrreich für die finanziellen Aussichten afrikanischer Eisenbahn-Gesellschaften. Bekanntlich plant man in Deutsch-Ostafrika eine Eisenbahn von der Küste nach dem Innern zur Herstellung einer schnellen Verbindung und man verspricht sich davon erhebliche Vortheile für die wirtschaftliche Verwertung des Innern der Colonien. Wie sehr aber bei solchen Anlagen alle Vorausberechnungen durch die Wirklichkeit über den Haufen geworfen werden, zeigen die bei der Congobahn gemachten Erfahrungen. Obwohl die Congobahn-Gesellschaft mit einem Kapital von 25 Millionen Francs gegründet wurde, ist die ganze Summe schon verausgabt, ohne daß von den projectirten Bahnenlinien auch nur der dritte Theil fertig gestellt wäre. Mit

campire meistens in den Höfen, in Bretterhütten oder ganz im Freien. Da sieht man auch die schwer beschädigte evangelische Kirche. Der Innenraum, der Saal weist klaffende Sprünge der Decke auf und der Pfarrer heißt uns mit, er befürchte, daß bei einem selbst geringen Stoße dieselbe herabstürze. Links über die Straße sehen wir eine vierstöckige Riesenzinshäuser, einen ehemaligen Unterhaltungsort, das Colosseum. Es ist am Einstürzen. Seine Bewohner lagern auf nahegelegenen Wiesen.

In der Wienerstraße ist das Gebäude des Cafés arg heruntergekommen. Der Innenraum des Cafés selbst ist mit starken Balken gepölzt, aber Ingenieure versichern uns, das sei von zweifelhaftem Werthe. Denn das Local habe eine gewölbte Decke und da genüge eine geringfügige Verschiebung der Deckenbalken und — Die Kaffeehausgäste scheinen von dem nichts zu wissen und man wird schließlich fatalistisch — auch ich schreibe ruhig an einem Tische fort, obwohl das in seinen Grundfesten erschütterte Gebäude schon beim Vorüberfahren eines Wagens zittert.

Das Casino liegt am Congressplatz. Die Alleen des letzteren sind ebenso wie der Rajen und der Musikpavillon menschenüberfüllt. Besonders in der Mitte des Platzes scheint sich die Menge zu drängen. Man sieht sich auf und wohnt einer im Freien celebrirten Messe bei. Franciscaner in brauner Habit leisten Ministrantendienste

dem Kapital von 25 Millionen, wovon der belgische Staat 10 Millionen Francs, deutsche, belgische, englische und französische Kapitalisten den Restbetrag gezeichnet hatten, sollte bekanntlich die 400 Kilometer lange, den Untercongo mit dem Obercongo verbindende Eisenbahnlinie Matadi-Leopoldville hergestellt werden. Thatächlich in Betrieb gegeben ist bisher nur eine Theilstrecke von 42 Kilometern. Nach dem „Moun. géogr.“ lagen am 1. Februar die Gleise bis zum 84. Kilometer, die Erdbarbeiten waren bis zum 97. Kilometer im Gange und die die Bahnarbeiten vorbereitende Abteilung stand bei dem 112. Kilometer.

Ohne Herbeischaffung neuer Mittel also wird hier nach das ganze Congobahn-Gesellschaften als gescheitert anzusehen sein. Dieser Mißerfolg hat dann den Plan einer Verstaatlichung der Congobahn gezeitigt, der aber in Belgien ebenso starken Widerspruch gefunden hat, wie die Forderung eines belgischen Zuschusses von 10 Millionen Francs, weil man sich nach den bisherigen Ergebnissen bewußt war, daß zur Fertigstellung der Congo-Eisenbahn das Zeitspanne dieser Summe mindestens erforderlich sein werde. Um überhaupt die Arbeiten fortführen zu können, hat die Gesellschaft, die, wie gesagt, eigene Mittel nicht mehr besitzt, schon 2½ Millionen Francs Anleihe bei belgischen Banken aufnehmen müssen. Jetzt sind die Actionäre zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammenberufen worden, um eine neue Anleihe von 7½ Millionen Francs vorzubereiten, von der nach Zurückzahlung der vorerwähnten Anleihe 5 Millionen Francs für Weiterführung des Congobahn-Gesellschaften verwandt werden sollen. Natürlich werden damit kaum einige Kilometer gebaut werden können.

Deutschland.

Berlin, 18. April. Der preußische Landwirtschaftsminister hat die Verwaltungsbehörden neuerdings zu weiteren gutachtlichen Auflösungen über die Wirkungen des Gesetzes, betreffend die Aufhebung des Identitätsnachweises aufgefordert.

Der Neustagsabgeordnete Liebknecht war von den Londoner Grossen eingeladen, an der Maifeier im Hyde-Park Theil zu nehmen und dann einige Vorträge zu halten. Herr Liebknecht hat an den Führer der Londoner sozialdemokratischen Föderation, Dr. Marx-Aveling, folgendes Schreiben gerichtet:

„Mein lieber Freund! Ich kann am 1. Mai nicht kommen. Wir werden zur Zeit mitten im Kampf sein, obwohl unser Kaiser vor einer Auflösung, die ein reiner Sieg für uns gewesen sein würde, zurückgeschreckt ist. Ich werde später nach England kommen. Der Kampf dreht sich um die von der Regierung eingebrachte Umsturzvorlage.“

* [Verein der Berliner Brauereien.] In einer am Donnerstag vom Verein der Brauereien Berlins abgehaltenen Sitzung wurde beschlossen, das Schreiben der Brauereiarbeiter um Freigabe des § 165 ist sie schon zufrieden, wenn nur die „Lehren“ der Religionsgesellschaften nicht unter den Schutz des Strafgesetzes gestellt werden.

* [Das christlich-sociale „Volk“] meint, die Aussichten für die Umsturzvorlage hätten sich schlechter verschlechtert, trocken sei dringend vor der Annahme zu warnen, daß das Scheitern derselben sicher sei. Das könnte die Gegner der Vorlage nur in eine gefährliche Sicherheit wiegen und ihren Freunden einen unerwarteten Triumph bereiten. Vorläufig lautet noch die Parole: Es wird weiter gekämpft.

* [Das Pfleiß des Socialistenmarsches] — so wird aus Leipzig berichtet — brachte dem Soldaten Th. vier Wochen Mittelarrest ein, von denen er nur 12 Tage abfuhrte, da der König telegraphisch die sofortige Aufhebung der Strafe anordnete, nachdem der Vater des Th., ein bekannter dortiger Arzt, früherer württembergischer Militärarzt, die Gnade des Königs angerufen und den Nachweis erbracht hatte, daß sein Sohn

und ein alter Priester, dessen Silberlocken im Sonnenglanze leuchteten, fleht zu Gott, damit das Erdbebenlück von Laibach genommen werde. Dumpf murmelte die Menge die Gebete mit. Eine Scene von wahrhaft ergreifender Weiterschreitend im Bierzel der Aemter und Staatsgebäude, kann man an den alten massiven Gebäuden die schrecklichen Verwüstungen ganz besonders wahrnehmen. Da sieht man den breiten Auerspergplatz, überfüllt mit Dachschrotten und Mauertrümmern. Ein Blick auf die Gebäude zeigt die Provenienz dieser Massen. Der alte „Fürstenhof“ hat eine riesige Mauerlücke und auch das nahe Gebäude der Landesregierung ist nicht unbeschädigt geblieben. Wir wollen in eine kleine Gasse abgleiten. Da tritt uns ein Militärposten entgegen — alle kleineren Gassen, wo die Häuser furchterliche Beschädigungen aufweisen, sind abgesperrt. Auch die Stadttheile jenseits des Flusses sind böse hergenommen und insbesondere das alte Rathaus.

